HEIKO MAAS
BUNDESMINISTER DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

MOHRENSTRASSE 37
10117 BERLIN
TELEFON 030 / 18-580-9000
TELEFAX 030 / 18-580-9043

IG Metall
Verwaltungsstelle Völklingen
Poststraße 33
66333 Völklingen

19. Juni 2017

Sehr geehrter Herr Hiry,
Sehr geehrter Herr Lesch,
Sehr geehrter Herr Ahr,
Sehr geehrter Herr Fischer,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 31. Mai 2017, in dem sich die IG Metall Verwaltungsstelle Völklingen für die Zukunftsfähigkeit der saarländischen Stahlindustrie stark macht und vor unbedachten Kompromissen bei der Reform des Emissionshandels auf europäischer Ebene warnt.

Die Sorgen der saarländischen Stahlarbeiter waren ja bereits in der Vergangenheit Grundlage gemeinsamer Gespräche - und wie bereits in der Vergangenheit möchte ich auch diesmal meine Solidarität und Unterstützung für die Forderungen der IG Metall und der Betriebsräte vor Ort zum Ausdruck bringen. Gerne bin ich auch weiter bereit, mich innerhalb der Bundesregierung für eine zukunftsfähige Stahlindustrie an Saar und Ruhr einzusetzen.

In den anstehenden weiteren Trilog-Gesprächen auf europäischer Ebene für die Handelsperiode 2021 bis 2030 muss das Ziel aus deutscher Sicht sein, negative industrie- und energiepolitische Konsequenzen bei der Reform des Emissionshandels zu verhindern.

Das bedeutet: Die europäische Stahlindustrie muss weiterhin vor unfairen Wettbewerbern aus dem Ausland geschützt werden, solange dort nicht vergleichbare Klimaschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Die Stahlbranche braucht eine sichere Zukunftsperspektive.

Unter anderem im Dialog mit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks habe ich mich in den vergangenen Tagen erneut für eine hinreichende Ausstattung an kostenlosen Emissionszertifikaten an die energieintensiven Industriebranchen ausgesprochen. Die Gesamtmenge für die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten muss weiter angehoben werden. Der Beschluss des Umweltrates, eine Anhebung von ein bis zwei Prozentpunkten vorzusehen, ist aus meiner Sicht nicht ausreichend.
Aktuell drohen den besonders emissionsintensiven Sektoren Kostenbelastungen, die ihre Wettbewerber in anderen Weltregionen nicht zu tragen haben. Dies wäre insbesondere für das Stahlland Saarland schädlich und bedeutet nichts anderes als eine Gefährdung von Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen. Der Erhalt dieser Wettbewerbsfähigkeit muss immer Kern erfolgreicher Industriepolitik bleiben.

Daher muss auch weiter eine effektive Kompensation indirekter CO2-Kosten möglich bleiben. Die im Umweltrat vereinbarte verstärkte Berichtspflicht bei einer Verwendung von mehr als 25 Prozent der Auktionseinnahmen ist bereits ein Kompromiss, über den nach meiner Ansicht nicht weiter hinausgegangen werden sollte. Eine zwingende Degression zwischen 2021 und 2030 – wie vom Europäischen Parlament gefordert – halte ich für nicht zielführend.

Das Saarland hat einen Pulsschlag aus Stahl. Stahl heißt Wachstum, Arbeitsplätze, Sicherheit und Zukunft.. Es darf nicht um Stahl oder Klimaschutz gehen. Es geht darum, dass beides eine Zukunft in unserem Land haben muss: Eine starke, wettbewerbsfähige Stahl-Industrie – und eine lebenswerte Umwelt. Der neue Emissionsrechte-Handel in Europa darf die Stahlindustrie nicht erdrücken. Dann verlieren am Ende alle – Land, Menschen und Umwelt.

Mit freundlichen Grüßen